

(A)

(C)

230. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 2. Juli 2009

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt es einige amtliche Mitteilungen. Die SPD-Fraktion hat mitgeteilt, dass der Abgeordnete Jörg Tauss als Mitglied aus dem Senat des Vereins „Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.“ sowie als stellvertretendes Mitglied aus dem Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen ausgeschieden ist. Als Nachfolger werden der Kollege **René Röspel** im Senat und die Kollegin

- (B) **Gabriele Lösekrug-Möller** im Beirat vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann sind der Kollege Röspel und die Kollegin Lösekrug-Möller gewählt.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die **verbundene Tagesordnung** um die in der Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu erweitern:

- ZP 1 **Aktuelle Stunde**
auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD

Kritik der Bundesbank an überhöhten Kreditzinsen der deutschen Banken
(siehe 229. Sitzung)

- ZP 2 **Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache**
(Ergänzung zu TOP 77)

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Söllns weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes**

– Drucksache 16/7519 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksache 16/13530 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Christian Freiherr von Stetten
Martin Gerster

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauen stärken – Frieden sichern – Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und der Konfliktbearbeitung vorantreiben

(D)

– Drucksachen 16/10340, 16/13505 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Sibylle Pfeiffer
Christel Riemann-Hanewinkel
Dr. Karl Addicks
Heike Hänsel
Ute Koczy

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise unterstützen

– Drucksachen 16/13003, 16/13706 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jürgen Klimke
Stephan Hilsberg
Hellmut Königshaus
Heike Hänsel
Ute Koczy

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) n) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 604 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13633 –
- o) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 605 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13634 –
- p) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 606 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13635 –
- q) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 607 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13636 –
- r) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 608 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13637 –
- s) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 609 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13638 –
- (B) t) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 610 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13639 –
- u) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 611 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13640 –
- v) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 612 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13641 –
- w) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 613 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13642 –
- x) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 614 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13643 –
- y) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss) (C)
- Sammelübersicht 615 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13644 –
- z) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)
- Sammelübersicht 616 zu Petitionen**
- Drucksache 16/13645 –
- ZP 3 **Beschlussempfehlungen des Vermittlungsausschusses**
- a) Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem **Vierten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen**
- Drucksachen 16/12231, 16/12517, 16/13081, 16/13607 –
- Berichterstattung:
Abgeordneter Wolfgang Zöllner
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem Ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
- Drucksachen 16/12854, 16/13016, 16/13358, 16/13608 – (D)
- Berichterstattung:
Abgeordneter Wolfgang Meckelburg
- ZP 4 **Wahl von Mitgliedern des Stiftungsrates der „Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum“**
- Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP
- Drucksache 16/13661 –
- Wahlvorschläge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 16/13705 –
- ZP 5 **Aktuelle Stunde**
auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Haltung der Bundesregierung zu Meinungsverschiedenheiten in der CDU/CSU über Steuersenkungsvorhaben und deren Finanzierung**
- ZP 6 Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken**
- Drucksache 16/13613 –
- ZP 7 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz

Dr. Barbara Höll

- (A) Ich will ein Beispiel nennen, das ich sehr treffend finde. Vor 22 Jahren, also 1987, waren die Bezüge eines DAX-Vorstandes mit durchschnittlich 446 000 Euro 14-mal so hoch wie die eines Arbeiters. Heute ist der Unterschied auf das 52-Fache angewachsen. Das ist das Ergebnis der Politik sowohl von Rot-Grün – ich erwähne nur die Senkung des Spitzensteuersatzes – als auch von CDU/CSU und FDP.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Komisch, dass es in Berlin nicht besser ist!)

Heute verdient ein Vorstandsmitglied eines DAX-notierten Unternehmens im Schnitt 3,33 Millionen Euro. Aber Sie wollen nicht ran an eine tatsächliche Reform der Einkommensteuer, die sozial gerecht ist, mit der man den Progressionsbauch abflacht, zu einer linearen Besteuerung kommt und den Spitzensteuersatz erhöht. Sie wollen nicht ran an eine Vermögensbesteuerung. Die Vermögenden selber machen Ihnen Vorschläge und sagen, dass eine Vermögensabgabe durchführbar ist. Das alles lehnen Sie aber ab.

Was bleibt noch an Maßnahmen übrig? Es ist völlig klar; das pfeifen die Spatzen von den Dächern und kann in jeder Zeitung täglich nachgelesen werden: Es bleiben Steuererhöhungen, Erhöhungen der Sozialabgaben und drastische Kürzungen bei den Sozialleistungen. Ich finde es schon interessant, dass die bereits angekündigten Kürzungen bei den Sozialleistungen nicht dementiert wurden. Bisher wurden nur Steuererhöhungen dementiert.

- (B) Natürlich geht es um die Mehrwertsteuer. Eine Erhöhung würde alle treffen. Aber es trifft vor allem diejenigen, die heute für Minilöhne schufteln müssen, und diejenigen, die auf Hartz IV angewiesen sind, weil die Arbeitsplätze nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind. Vor allem diese Menschen zahlen die Zeche. Herr Poß, wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen. Wer hat denn diese Mehrwertsteuererhöhung gemeinsam mit der CDU/CSU durchgesetzt?

(Beifall bei der LINKEN)

Das waren schließlich Sie!

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Beispiel Abgeltungsteuer. Der eine oder andere Einkommensmillionär hat vielleicht 1 Million Euro ganz normal auf dem Sparsbuch liegen.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Vielleicht Herr Gysi! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oskar durch seine *Bild*-Zeitungshonorare!)

– Regen Sie sich nicht so auf!

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir regen uns nicht auf!)

Vor der Abgeltungsteuer hat er ordentlich Steuern zahlen müssen, weil der Spitzensteuersatz gegriffen hat: 112 500 Euro Steuern auf Zinseinnahmen in Höhe von 250 000 Euro.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lafontaines Bild-Zeitungs-Honorare!)

(C)

Heute muss er nur noch 62 500 Euro zahlen, weil Sie die Abgeltungsteuer durchgebracht haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was für einen Zinssatz haben Sie denn da angesetzt?)

Herr Steinbrück hat das so begründet: Ehe die gar nichts zahlen, nehmen wir lieber ein bisschen weniger. Sie haben die Reichen und Vermögenden in dieser Gesellschaft massiv entlastet.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was macht Herr Lafontaine mit dem Gewinn? Führt er ihn an Ihre Partei ab?)

Die Mehrwertsteuer war ein Mittel zur Gegenfinanzierung. Das ist mit uns nicht zu machen.

Sie glauben anscheinend, dass dieser Streit, dass das, was Sie hier abliefern, Menschen motiviert. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist und bleibt demokratiefeindlich. Sie veralbern die Bevölkerung und verkaufen sie für blöd. Das ist mit uns nicht zu machen.

Wenn Sie den Umsatz stärker besteuern wollen, warum besteuern Sie dann bitte schön nicht den Kapitalverkehr? Warum führen wir nicht eine Börsenumsatzsteuer ein, die Milliarden in die Bundeskasse spülen würde? Das könnten Sie doch machen.

Ich glaube, nun ist endgültig klar, was Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, wenn sie sagt, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Ihr Deutschland, das sind die Reichen, die Vermögenden und die großen Unternehmen. Die Masse der Bevölkerung darf das dann zahlen. Die einen wollen Sie stärken, und die anderen werden dafür zur Kasse gebeten. Das ist eine riesen große Wahllüge.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Manfred Kolbe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die seit vielen Jahrzehnten schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Die nächste bereiten Sie schon vor!)

Die Menschen erwarten ehrliche Antworten und keine gegenseitigen Beschimpfungen, gerade von uns im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wie war das mit dem Glashaus?)

Ehrliche Antworten erwarten die Menschen auch von der Opposition, Herr Kuhn. In Ihrem Redebeitrag haben

Manfred Kolbe

(A) Sie uns und alle anderen beschimpft, aber eine ehrliche Antwort habe ich Ihrem fünfminütigen Redebeitrag nicht entnehmen können. Die einzige Antwort war: Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Wissen Sie eigentlich, ab welchem Betrag der Spitzensteuersatz heute greift? Das sind 52 000 Euro jährlich. Das ist viel Geld. Das ist ein gutes Gehalt, aber das sind nicht Superreiche. Das ist eine etwas zu billige Antwort. Das war eine Antwort auf dem Niveau der Linken. Die Grünen sind da sonst besser.

Sie haben uns organisierten Wählerbetrug vorgeworfen. Das kann ich nur zurückweisen. Schauen Sie sich einmal die Koalitionsvereinbarung an, die die Sozialdemokraten und die Union vor vier Jahren geschlossen haben.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Aus zwei mach drei!)

Wir haben diese Koalitionsvereinbarung sauber abgearbeitet. Wir haben uns im Wesentlichen an das gehalten, was wir dort angekündigt haben.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Großen und Ganzen, nicht?)

Das fing in der Tat sehr schmerzhaft an: mit einer Umsatzsteuererhöhung. Für die Union kann ich aber sagen: Wir haben dies im Wahlkampf angekündigt. Wir alle haben diese Mehrwertsteuererhöhung in Podiumsgesprächen verteidigt. Wir wussten, dass das nicht populär war. Wir haben den Wähler aber nicht täuschen wollen. Wir haben vor vier Jahren diese Mehrwertsteuererhöhung angekündigt.

(B) Herr Koalitionspartner Poß, ehe Sie der Bundeskanzlerin – ich zitiere Sie – Wahlbetrug

(Joachim Poß [SPD]: Vorbereitung!)

oder die Vorbereitung eines Wahlbetrugs vorwerfen,

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Eine Unverschämtheit war das!)

was ich entschieden zurückweise, sollten Sie auf das schauen, was Sie vor vier Jahren gesagt haben. Ihre Argumentation steht auf verdammt schwachen Füßen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt hat der Poß einmal recht gehabt! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und der Poß hat nicht oft recht!)

Schauen wir uns die Koalitionsvereinbarung doch einmal an: Wir haben die Reform der Unternehmensbesteuerung durchgeführt. Wir haben einen Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent erreicht. Die Gesamtbelastung der Körperschaften liegt bei knapp 30 Prozent. Wir haben wieder ein international wettbewerbsfähiges Körperschaftsteuerrecht. Wir haben auch eine ganze Reihe von Entlastungen bei der Einkommensteuer durchgeführt, zuletzt mit dem Konjunkturpaket. Wir haben das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht. Wir haben die Möglichkeiten des Absetzens haushaltsnaher Dienstleistungen, insbesondere von Handwerkerrechnungen, ver-

bessert. Wir haben eine Abgeltungsteuer eingeführt und die Abgaben in ganz erheblichem Umfang gesenkt. Ich denke nur an den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung: Wir sind mit dem Beitragssatz von 6,5 auf 2,8 Prozent heruntergegangen. Das ist eine Entlastung in Höhe von 30 Milliarden Euro; das bedeutet minus 500 Euro für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt. Dies alles haben wir bei gleichzeitiger Konsolidierung des Staatshaushaltes bewerkstelligt. Wenn wir nicht die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise gehabt hätten,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh je!)

die nun wahrlich nicht allein in der Verantwortung der Bundesregierung liegt –

(Joachim Poß [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

– nein, das habe ich Ihnen auch nicht vorgeworfen; ich habe Ihnen nur die Vorbereitung des Wahlbetrugs vorgehalten –, dann hätte der Bundesfinanzminister einen neuverschuldungsfreien Haushalt vorlegen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in der Tat Haushaltskonsolidierung und maßvolle Entlastungen vereinbart, Herr Kuhn. Das ist das Ergebnis der letzten vier Jahre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich darf noch einen ganz anderen Punkt nennen, der mir als Berichterstatter immer am Herzen liegt: die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Was hat denn Rot-Grün in acht Jahren gegen die Steuerhinterziehung getan?

(Lydia Westrich [SPD]: Viel!)

Ich weiß nicht, ob Ihnen etwas einfällt. Mir fällt da wenig ein.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Dein Gesichtsausdruck muss auch ins Protokoll!)

Ich denke an diesen verkorksten § 370 a der Abgabenordnung, den wir haben wieder aufheben müssen. Außerdem war eine Amnestie vorgesehen, die 5 Milliarden Euro bringen sollte und dann bei 300 Millionen Euro hängen blieb.

(Joachim Poß [SPD]: Herr Kolbe, was ist denn im Bundesrat blockiert worden?)

– Herr Poß, jetzt wollte ich gerade einmal die Gemeinsamkeiten betonen.

Diese Koalition, Herr Poß, hat in den letzten vier Jahren Entscheidendes gegen die Steuerhinterziehung auf den Weg gebracht, und zwar Union und SPD gemeinsam.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Das habt ihr aber nicht erfunden!)

Wir müssen uns nicht Wahlbetrug vorhalten lassen. Wir werden auch in Zukunft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sein. Dieses Wahlprogramm ist ein Pro-

Manfred Kolbe

(A) gramm der Ehrlichkeit. Wir sagen ganz deutlich: Haushaltskonsolidierung hat Priorität. Wir können die Schulden nicht auf die nächste Generation verlagern.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen Sie aber doch!)

Dazu zwingt uns übrigens auch verfassungsrechtlich die Schuldenbremse, die wir beschlossen haben und die ganz entscheidende Auswirkungen haben wird.

Wir haben maßvolle Steuerentlastungen in den Raum gestellt – übrigens ohne eine Zeitangabe –, weil wir sie für sinnvoll halten. Herr Poß, ich frage Sie noch einmal: Halten Sie es für sinnvoll, dass wir die kalte Progression abfedern?

(Joachim Poß [SPD]: Das ist überhaupt nicht die Frage!)

Das steht in unserem Regierungsprogramm; Sie sollten das einmal nachlesen. Wir wollen die schleichende Steuererhöhung abmildern. Wir wollen den Eingangssteuersatz von 14 auf 13 und vielleicht einmal auf 12 Prozent senken. Wir wollen die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz gilt, die jetzt bei 52 000 Euro liegt, maßvoll absenken.

(Joachim Poß [SPD]: Wir haben auch Vorschläge mit Gegenfinanzierung!)

Wir wollen das Ehegattensplitting im Grundsatz bewahren. Wir wollen den Kinderfreibetrag auf 8 004 Euro erhöhen. Das sind maßvolle Steuererleichterungen, die wir in Aussicht stellen. Das ist eine ehrliche und leistungsgerechte Steuerpolitik.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin überzeugt, der Wähler wird der Union dies honorieren.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Bonde für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kolbe, Sie haben gerade die Wirkung der Schuldenbremse gelobt. Ich finde, diese kann nur funktionieren, wenn man eine FahrerIn hat, die sie vom Gaspedal unterscheiden kann. Die aktuelle Situation des Haushalts macht deutlich, dass nirgendwo Schulden gebremst werden, sondern im Gegenteil: Sie häufen den größten Schuldenberg auf, den diese Republik jemals erlebt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren heute vor dem Hintergrund konkreter Milliardenlöcher über die Fragen: Was sind ehrliche Ansagen gegenüber den Menschen? Auf welche Ansagen von Politik können sie sich verlassen? Sie als Union behaupten hier ernsthaft, Sie könnten Steuerentlastungen in Höhe von 15 Milliarden Euro versprechen. Bei der

FDP verliert man ein bisschen den Überblick. Ich weiß nicht, wo Sie inzwischen sind: 50 Milliarden Euro, 100 Milliarden Euro oder gar keine Steuern mehr. (C)

Im Kern muss man all diejenigen, die Steuersenkungen versprechen, fragen: Wie soll das bewerkstelligt werden?

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wachstum!)

Sie sagen uns heute: Gegenfinanzierung braucht man nicht, wir machen das mit Wachstum.

(Simone Violka [SPD]: So wie Kohl! Das ist schon einmal schiefgegangen!)

Das ist, historisch betrachtet, ein erfolgreiches Modell, wenn ich das einmal zynisch sagen darf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Entscheidende ist: Man muss sich einmal anschauen, wie viel Fantasie bezüglich des künftigen Wachstums schon in den Zahlen enthalten ist, die heute auf dem Tisch liegen. Ihr Kabinett hat diese Woche den Haushalt 2010 beschlossen. Im Finanzplan ist folgende Wachstumsentwicklung für diese Republik vorgesehen: dieses Jahr – das wissen wir alle – minus 6 Prozent, nächstes Jahr laut Ihrem Kabinettsentwurf 0 Prozent. Das ist eine interessante Wachstumsentwicklung. Ab dem Jahr 2011 und in den folgenden Jahren rechnen Sie durchgängig mit einem Wachstum von 1,9 Prozent. Das ist mutig. Ich frage einmal in den Raum: Wer von Ihnen ist in der Lage, mehr als zwei der letzten 20 Jahre zu nennen, in denen diese Republik annähernd 2 Prozent Wachstum generiert hat? Sie sind also der Auffassung, dass wir direkt nach der Krise für eine Rekordzahl von Jahren ein Rekordwachstum erzielen werden, das wir in den letzten Jahrzehnten nur sehr selten erreicht haben. Nur indem Sie diese Rechnung aufstellen, schaffen Sie es, über den von Ihnen genannten Zeitraum den Rekordbetrag zusätzlicher Verschuldung in Höhe von 300 Milliarden Euro zu rechtfertigen. Gleichzeitig erzählen Sie uns, dass Sie infolge von Steuersenkungen – Stichwort: Laffer-Kurve und Ihr ganzer Theoriescheiß –

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das war aber unparlamentarisch, Herr Kollege!)

in der Lage sein werden, über das Rekordwachstum von 2 Prozent hinaus zusätzliches Wachstum zu generieren. Mit Verlaub, wie viel Unehrlichkeit wollen Sie den Leuten eigentlich noch zumuten? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abg. Ortwin Runde [SPD] und Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Ich finde, an dieser Stelle muss man sich die Zahlen einmal so ansehen, wie sie sind. Die Neuverschuldung des Bundes beträgt in diesem und im nächsten Jahr 100 Milliarden Euro. Weil es für die Leute langsam schwierig wird, das Jonglieren mit Milliardenbeträgen überhaupt noch nachzuvollziehen, füge ich hinzu: Wir reden über einen Bundeshaushalt in der Größenordnung von etwas mehr als 300 Milliarden Euro. Das sage ich, damit Sie ein Gespür dafür bekommen, welch riesige